

## Grußwort

### Medienrecht und Selbstregulierung sind Grundlagen für Pressefreiheit

Christian Spahr, Leiter Medienprogramm Südosteuropa

Lieber Herr Dr. Milenković,  
liebe Freunde der Konrad-Adenauer-Stiftung,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, dass wir heute zu Gast sind bei der Universität Belgrad. Gemeinsam mit Prof. Johannes Weberling von der Europa-Universität Frankfurt/Oder hat die Konrad-Adenauer-Stiftung 20 Experten zu einem internationalen Workshop über Medienrecht nach Belgrad eingeladen. Wir möchten dazu auch mit Journalisten und interessierten Bürgern ins Gespräch kommen – deshalb sind wir heute hier.

Das Thema könnte nicht aktueller sein. Wie sie wissen, gibt es morgen zur gleichen Zeit eine für Serbien wichtige Veranstaltung. Das Informationsministerium und die OSZE laden zu einer öffentlichen Debatte über die Regulierung des öffentlichen Fernsehens ein. Wir hoffen, dass wir mit den Vorträgen und der Diskussion heute wertvolle Hintergrundinformationen geben können und ganz allgemein zur Meinungsbildung in puncto Medienpolitik beitragen.

Auch mehr als 20 Jahre nach der politischen Wende ist die Festlegung von Rechten und Pflichten von Medien nicht abgeschlossen. Das liegt teilweise daran, dass in Südosteuropa die Regierungen diese Aufgaben mit unterschiedlichem Elan angegangen sind. In einzelnen Ländern gibt es immer noch kein Pressegesetz, in anderen sind die Regelungen teils fortschrittlicher als in Westeuropa. Aber es liegt auch daran, dass sich durch das Internet und die wirtschaftliche Lage ständig die Rahmenbedingungen ändern. Parlamente, Verbände und Nichtregierungsorganisationen müssen darauf reagieren.

Das KAS-Medienprogramm Südosteuropa beschäftigt sich mit zehn Ländern. In der Region sind aus meiner Sicht folgende Punkte besonders wichtig in der Diskussion über Mediengesetze und Selbstregulierung:

- die zunehmende Konzentration des Medieneigentums
- die mangelnde Transparenz der wirtschaftlichen Verhältnisse
- die Rechte der Journalisten innerhalb der Medienhäuser
- journalistische Standards in puncto Ausgewogenheit und solider Recherche, sowie
- ethische Aspekte und die Rechte von Personen, über die berichtet wird.

Die wirtschaftlichen Grundlagen und die Rechte der Journalisten in ihrer täglichen Arbeit sind dabei eher ein Thema für den Gesetzgeber, während die ethischen Aspekte überwiegend ein Fall für die Selbstregulierung ist. Je besser die Selbstregulierung funktioniert, desto weniger Gesetze und Eingriffe des Staates gibt es.

Ich freue mich, dass wir heute Experten bei uns haben, die in Expertenkreisen in der ganzen Region bekannt sind. Prof. Johannes Weberling aus Deutschland und Alexander Kashumov vom Access to Information Programme Bulgarien werden zunächst zu den Auskunftspflichten des Staats gegenüber den Medien sprechen. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion stellen wir uns auch Ihren Fragen.

Begrüßen Sie zunächst mit mir Prof. Weberling von der Europa-Universität Frankfurt/Oder.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.